

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 34 (1993)  
**Heft:** 8

**Artikel:** Die Serben schlagen die Karten aus  
**Autor:** Mati, Ljubomir  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092718>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Ljubomir Matić zur Krise in Bosnien und Herzegowina

# Die Serben schlagen die Karten aus

Der Misstrauen der Serben Bosnien-Herzegowinas über den Vance-Owen-Plan zur Teilung dieser einstigen jugoslawischen Republik in zehn Provinzen ist schon mehrmals demonstriert worden. So stand auch die jüngste Abstimmung des Parlaments der selbsternannten «Serbischen Republik» unter diesem Vorzeichen.

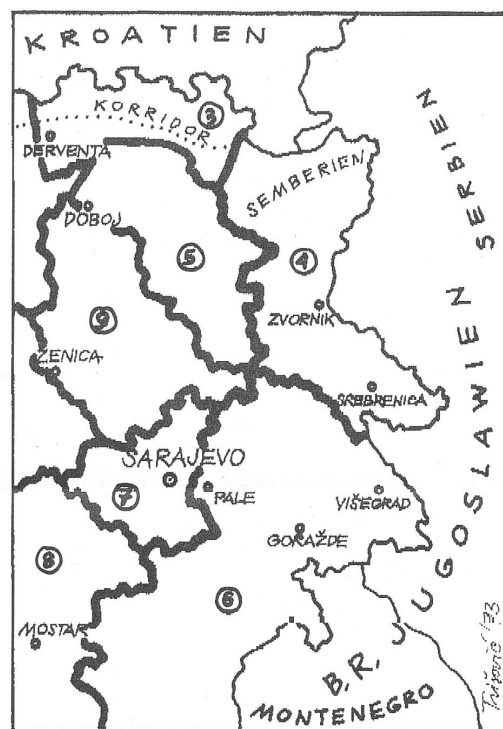
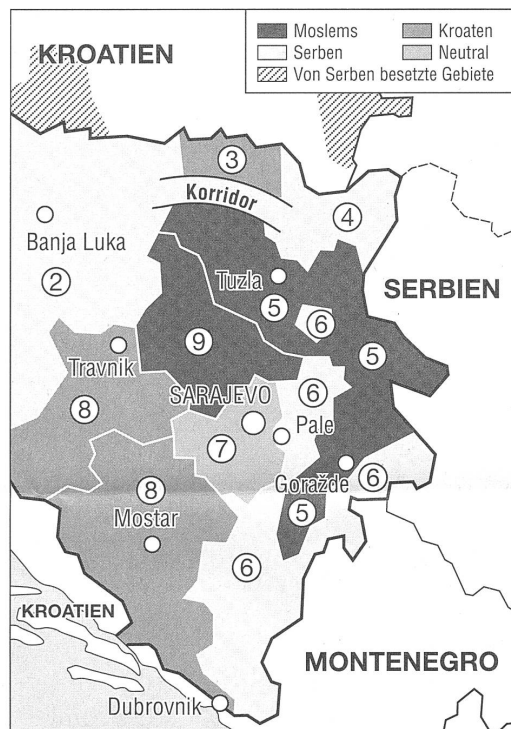
Der Serbenführer Radovan Karadžić gab dafür mehrere Gründe an: Die vorgesehenen serbischen Provinzen haben keine Verbindung untereinander; sie wären wirtschaftlich benachteiligt, weil alle bedeutenden Industrie- und anderen Zentren den Muslims und den Kroaten zugeschlagen würden; ausserhalb der «serbischen» Provinzen würden insgesamt 600 000 Serben leben müssen.

Gerade für das letztgenannte Argument Karadžićs zeigte der montenegrinische Präsident, Momir Bulatović, Verständnis. So erklärte er in einem Interview gegenüber der italienischen Zeitung «Il Manifesto»: «Sollte Jugoslawien Karadžić zwingen, die Karte des UNO-EG-Planes ohne Veränderung zu akzeptieren, dann würden die ausserhalb der serbischen Provinzen lebenden Serben sicherlich nach Montenegro und Serbien fliehen.»

Einer der Hauptgründe für die Ablehnung der Karte, so ist zu vermuten, sind aber die fehlenden Verbindungen unter den vorgesehenen serbischen Provinzen einerseits und zu Serbien andererseits. Wohl aus der Befürchtung heraus, zur Bildung eines «Gross-Serbien» beizutragen, sieht der Vance-Owen-Plan lediglich eine Verbindung zwischen der Provinz Semberien (Nr. 4 der Karte links) und Serbien vor, die aber ansonsten von den übrigen serbischen Provinzen abgeteilt ist. Zwar gibt es auch eine Verbindung zwischen der Provinz 6 und «Restjugoslawien». Dies wird aber als ungünstig für Serbien erachtet, mit welchem Karadžić auf eine gute Kommunikation angewiesen ist.

## Gross-Serbien verhindern

Die Hauptverkehrsadern von Serbien durch den Korridor in Nordbosnien zwischen Semberien und der serbischen Provinz Bosanska Krajina,



Links: Kartenausschnitt nach UNO-EG-Plan, rechts: Aufteilung gemäss Vorschlag Karadžićs.

weiter in die Kninska Krajina (die zu Kroatien gehört), dann aus Serbien über Zvornik und Visegrad zur serbischen Zentralprovinz (Nr. 6) sowie die Verbindung dieser Provinz mit der Krajina bleiben nach dem Vance-Owen-Plan ausgeschlossen.

Die Lage wird insofern noch kompliziert, als neben der kroatischen Provinz in Nordbosnien (Nr. 3) auch ein muslimischer Ausgang nach Kroatien bei Brcko vorgesehen ist, was ein Hindernis mehr zur Verwirklichung des serbischen Wunsches nach einem Korridor aus Semberien in die Bosanska Krajina ist. Karadžićs Vorschlag, Ostbosnien (Provinzen 4 und 6 auf der Karte rechts) mit einem Durchgang in den Norden den Serben zuzuschlagen, wobei die übrigen Provinzen unverändert bleiben sollten, wurde abgelehnt.

Ein Blick auf die Karte macht aber auch klar, weshalb die serbischen

Kampfverbände Gorazde und Srebrenica erobern wollen: Da der Rest dieses Gebietes mehrheitlich bereits unter ihrer Kontrolle steht, rechnen sich die Serben mehr Chancen aus, dass dann ihrem Wunsch entsprechen würde.

Vance und Owen haben inzwischen Karadžić angeboten, unter UNO-Aufsicht entsprechende Durchgänge zu gewähren. Zugleich insistierten sie darauf, dass sich alle drei Völker über diese Grenzen hinweg frei bewegen können. Karadžić dagegen schenkt solchen Versprechungen keinen Glauben.

## Serbiens Hilfe in Milliardenhöhe

Wie lange die Serben dem internationalen Druck widerstehen werden, ist schwer vorauszusagen. Dies um so mehr, als auf Jugoslawien, oder besser Serbien, von dessen Unterstüt-

zung die bosnischen Serben abhängen, ebenfalls Druck ausgeübt wird.

In der Ausgabe vom 2. April publizierte die unabhängige Belgrader Wochenzeitung «NIN» (vgl. Kasten) die angebliche Auswertung Washingtons über die Auswirkungen der UNO-Sanktionen auf die serbische Wirtschaft. Aus dieser Schätzung geht hervor, dass die Ausweitung der Sanktionen eine Katastrophe bedeuten würde.

In der gleichen Ausgabe gibt die Zeitung an, dass «Jugoslawien» den Serben in Bosnien und Herzegowina im vergangenen Jahr Hilfe in der Höhe von 4 bis 5 Milliarden Dollar gewährt habe. Es stellt sich hier die Frage, wie lange «Restjugoslawien» unter den bestehenden Sanktionen noch imstande sein wird, weiterhin Hilfe zu leisten. Deshalb nimmt mancher in Belgrad die Drohung Karadžićs ernst, er werde den

Verhandlungstisch verlassen, sollten weitere internationale Massnahmen gegen Serbien getroffen werden.

Ausschlaggebend für die Drohung Karadžićs ist auch die Unzufriedenheit in Serbien und Montenegro wegen dessen Weigerung, den UNO-EG-Plan zu unterzeichnen, da diese in der Unterzeichnung auch eine Chance für die Verbesserung ihrer eigenen Lage sehen. Schon bezeichneten montenegrinische Abgeordnete in der Bundesversammlung die Serben und Montenegriner als «Geiseln Karadžićs». Gleichzeitig meinten Mitglieder oppositioneller Parteien, dass wenn schon die bosnischen Serben mit ihrer Unterschrift über den Frieden entscheiden, dann sollten auch die Serben in Serbien befragt werden, weil es ja auch um deren Existenz gehe.

## Nachteile für Muslims

Es muss auch erwähnt werden, dass die Muslime, trotz der Unterschrift von Alija Izetbegović unter den Vance-Owen-Plan, mit der vorgeschlagenen Aufteilung der Republik nicht zufrieden sind. Ihnen wurde mehr Bodenfläche zugeteilt, die erst noch besser verbunden ist als für die Serben, wobei dies aber die Lage der Muslime nicht wesentlich verbessert.

Ostbosnien, um das sie mit den Serben gekämpft haben, wurde ihnen nicht deshalb zugeteilt, um ihnen eine Gunst zu erweisen, sondern um den Serben Schaden zuzufügen. Die serbische Propaganda behauptet denn auch, dass damit eine Art «muslimischer Querstreifen» über den Sandschak und den Kosovo bis hin zum islamischen Osten geschaffen werde. Dies dürfte allerdings kaum zutreffen, denn hinter Kosovo liegen Mazedonien, Bulgarien und Griechenland, die einem solchen Vorhaben wohl kaum zugeneigt sind. Im Gegenteil, Kosovo könnte bei einem solchen Vorhaben sogar arg in Bedrängnis geraten, weil dessen Einwohner muslimische Albaner sind, die eigene nationale Begehren hegen. Die bosnischen Muslime zwischen «Restjugoslawien» und Kroatien bleiben so ohne Stütze und könnten später sogar auf den Schutz-

## Auswirkungen der Sanktionen

**Die Ausgabe vom 2. April 1993 der Wochenzeitschrift «NIN» (Nedeljne informativne novine) in Belgrad publizierte nachfolgende Zusammenstellung des Weissen Hauses über die Auswirkungen der internationalen Sanktionen auf «Restjugoslawien».**

Die Sanktionen wirken sich auf Serbien und Montenegro kumulativ aus. Die Wirtschaft Serbiens und Montenegros ist völlig zersetzt.

Es herrscht eine Hyperinflation:

- Die Inflation in der Bundesrepublik Jugoslawien hat im Februar 212 % oder einen Jahresprozentsatz von 82 Mio % überschritten.
- Die im Augenblick grösste Banknote von 50 000 Dinar ist nicht einmal zwei US-Dollar wert.
- Der Monatswert eines durchschnittlichen Einkaufskorbes ist von ca. 3000 Dinar im Februar 1992 auf 4,4 Millionen Dinar im Februar 1993 angestiegen.
- Seit Anfang 1993 sind die Kosten für Transport und Kommunikation (Briefe, Telefon usw.) um 688 %,

für Tabak- und Getränkewaren um 586 %, die Lebensmittelkosten um 409 % sowie die Mietzinsen und Gemeindedienstgebühren um 556 % gestiegen. Die Brot- und Mehlpreise haben sich in den letzten zwei Wochen mehr als verdoppelt. Ein Multipack von zehn Rollen Klosettpapier kommt auf mehr als drei durchschnittliche Tageslöhne zu stehen.

Auch zu einer ernststen Verschlimmerung der Lage in den serbischen industriellen Anlagen und Betrieben ist es gekommen:

- Die Arbeitslosigkeit übertrifft 65 %. Fast eine Million Arbeiter sind seit Anfang Februar in Zwangsurlaub.
- Die Industrieerzeugung ist um 70 % gesunken. Die Löhne in der Industrie können nicht Schritt halten mit der Inflation. Den Arbeitnehmern werden die Löhne zweimal monatlich ausgezahlt. Die Minimallöhne im März betragen 1,055 Millionen Dinar (oder gemäss momentanem Kurs 37 US-Dollar). Die Zwangsurlaubler erhielten monatlich 815 000 Dinar.

Der Transportsektor ist in Serbien massiv geschrumpft:

- Der Mangel an Dieseltreibstoff hat den Bus- und Lokalzugverkehr in grossem Ausmass eingeschränkt.

Das Bankensystem Serbiens steht am Rande des Kollapses:

- Die Reserven an Fremdwährungen sind massiv geschrumpft. Die frei verfügbaren Vorräte betragen weniger als 500 Millionen US-Dollar.
- Die «Jugskandic banka» hat mit der Flucht von dessen Inhaber ins Ausland am 14. März ihre Tore geschlossen.
- Die «Dafiment banka» musste einen Ansturm ihrer Sparkunden hinnehmen, die den Entzug ihrer Anlagen forderten. Sie musste auch ihre harten Währungszinsen von monatlich 15 auf 6 % herabsetzen.
- Die «Karic banka» erlebt schwere Liquiditäts- und Devisenmangelprobleme.
- Die wichtigsten Banken des öffentlichen Sektors, inklusive Beobanka und Jugobanka, wie auch die Nationalbank Jugoslawiens haben Geldzuflussprobleme, und ihre Auslandsressourcen sind wegen der UNO-Sanktionen in den OECD-Ländern eingefroren.

schirm der einen oder anderen Republik angewiesen sein.

## Kroatien als eigentliche Gewinner

Die freundlichen Gesten der internationalen «Planer» gegenüber den Muslimen bedeutet diesen nicht viel angesichts der Tatsache, dass die Gewinner eigentlich die Kroaten sind, die flächenmässig mehr Territorium erhalten, als ihnen bevölkerungsmässig zustünde, und deren Provinzen erst noch gemeinsame Grenzen mit Kroatien hätten. Bereits am Anfang des Konflikts waren diese Teile Bosnien-Herzegowinas praktisch an Kroatien angeschlossen.

Aus eigentlich muslimischen Zentren wie Mostar wurden denn auch nicht nur die Serben vertrieben, sondern auch die Muslime. Oder sie wurden zu zweitrangigen Bürgern degradiert. Ob dies auf die Geneigtheit einzel-

ner Staaten gegenüber Kroatien zurückzuführen ist oder auf das Bemühen, den politischen Schaden zu mildern, nachdem auch zwischen Kroatien und den Serben in der Krajina bewaffnete Kämpfe ausgebrochen

waren und fast ein Drittel Kroatiens unter UNPROFOR-Truppen gestellt wurde, ist dabei freilich für die Bewohner Bosniens und Herzegowinas, vor allem aber für die Muslims, unerheblich. ■

Jörg Maier  
Dipl. Malermeister  
Betriebsökonom  
Diplom-SIU



Unternehmensberatung Maier

**Brauchen Sie eine Unternehmensberatung?  
Eine, die schnell analysiert,  
Wesentliches auf einen Punkt bringt  
und Klarheit schafft?**

Kirchplatz 4  
8400 Winterthur  
Telefon 052 212 11 77